

Rede

Kiel, 25.01.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Modellprojekt Familien- und Nachbarschaftszentren einführen, Konzept für Familienzentren gemeinsam entwickeln

Der Blick auf den aktuellen Haushalt dieser Koalition macht vor allem eines deutlich: Wir meinen es ernst mit den angekündigten Verbesserungen im frühkindlichen Bildungsbereich. Und wir halten Wort, wenn es um den Ausbau der Betreuungsangebote und um verlässliche Perspektiven in der Familienbildung geht. Die Aussage, dass Kinder unsere Zukunft sind, ist für uns mehr als eine Floskel. SPD, Grüne und SSW wollen endlich deutliche Verbesserungen bei der Chancengleichheit unserer Kinder erreichen. Und auch wenn man in Sachen Familienbildung durchaus von einem Scherbenhaufen sprechen kann, der uns hinterlassen wurde, finden wir es gut, dass die CDU nun offensichtlich ähnlich denkt.

Es ist vollkommen richtig, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die zentrale Stellschraube ist, wenn wir Frauen und Männern die gleichen Chancen geben und wenn wir ein wirklich familienfreundliches Schleswig-Holstein schaffen wollen. Auch darüber, dass insbesondere die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren großes Potential bietet, sind wir uns alle einig. Das freut den SSW sehr. Denn bei einem so bedeutenden Zukunftsthema halten wir es für sehr wichtig, dass wir uns nicht im klein-klein verlieren. Ich denke, wir alle tun gut daran, hier an



einem Strang zu ziehen.

Wir wollen ein stabiles Netz an niedrigschwelligen Angeboten für Kinder und Familien in Schleswig-Holstein. Sie alle wissen, dass diese Koalition schon entsprechend handelt und in einem ersten Schritt die Arbeit der Familienbildungsstätten gestärkt hat. Wer ehrlich ist und die Situation der Einrichtungen kennt, muss zugeben, dass dieser Schritt bitter nötig war. Ich erlaube mir die Bemerkung, dass es in manchen Fällen nichts anderes als eine lebenserhaltende Maßnahme war. Doch wir sagen auch, dass wir den Bereich der frühkindlichen Bildung und der Familienbildung weiterentwickeln müssen, um unser Land gut für die Zukunft aufzustellen.

Wer die Anträge der Koalition und der CDU vergleicht, stellt fest, dass wir bei diesem Thema gar nicht so weit auseinander liegen. In meinen Augen ist jedenfalls die Frage, ob wir die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familienzentren über Modellprojekte oder über die Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens erreichen, eher zweitrangig. Wichtig ist vor allem, dass sich hier auf der Grundlage verlässlicher Daten endlich etwas bewegt. Wir brauchen daher in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen. Hier ist es natürlich besonders wichtig, dass wir auch danach fragen, welche Angebote denn am stärksten nachgefragt werden. Denn mit einem Ausbau am Bedarf vorbei ist sicher niemandem geholfen.

Wir halten es für selbstverständlich, dass nicht nur diese Bestandsaufnahme sondern auch das danach folgende Konzept zur Umsetzung von Familienzentren in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet werden muss. Und natürlich wollen wir auch die Erfahrungen der freien Träger, der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der anderen relevanten Akteure einfließen lassen. Denn für uns ist klar: Nur so kriegen wir wirklich gute und bedarfsgerechte Angebote für die Kinder und Eltern im Land auf die Beine gestellt.

Natürlich sind diese Maßnahmen nicht zum Nulltarif zu haben. Unser Ziel ist es, über die zusätzlich eingestellten Mittel für die Familienbildung hinaus, in diesen wichtigen Bereich zu investieren. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung, zu prüfen, ob wir auch im Rahmen der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes zusätzliche finanzielle Mittel für die Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familienzentren einsetzen können. Und wir sind hoffnungsvoll, dass die Vorgaben des Bundes diese Verwendung zulässt und wir hierdurch einen entscheidenden Schritt weiter kommen.

